

## Anstrengungen für mehr Wohnungsbau intensivieren Nachfrageüberhang in Ballungsräumen



**DR. PETER RAMSAUER, MdB**

(Foto: BMVBS/Fotograf: Frank Ossenbrink)

Die Verknappung vor allem günstigen Wohnraums in Großstädten, Oberzentren und Universitätsstädten sowie damit verbundene Mietpreissteigerungen rücken das Thema Wohnen wieder zunehmend in den politischen Mittelpunkt. Die Schaffung von Wohnraum ist zweifellos eine der sozialen Fragen der Gegenwart.

Die Ursachen für die beklagte Entwicklung sind vielschichtig. Das gesetzliche Instrumentarium für schnell wirksame Gegenmaßnahmen ist begrenzt. Sehr wohl aber ist es dringend angezeigt, Lösungsmöglichkeiten für die Wohnungsfrage zu diskutieren und aufzuzeigen.

Entscheidender Ansatzpunkt muss dabei die Belebung des Wohnungsbaus sein. Mietrechtliche Maßnahmen können diese Anstrengungen flankieren. Um flexibel auf die Mietenentwicklung in Ballungsräumen reagieren zu können, hat die unionsgeführte Regierungskoalition im gerade erst verabschiedeten Mietrechtsänderungsgesetz eine Ermächtigungsklausel für die Länder verankert. Die Länder können danach in

Gebieten mit knappem Wohnraumangebot die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete binnen dreier Jahre von 20 auf 15 Prozent absenken. Der Bundesrat hat dem Gesetz inzwischen zugestimmt. Bayern hat angekündigt, hiervon Gebrauch zu machen. Darüber hinausgehende mietrechtliche Restriktionen werden zu einer dauerhaften Entspannung kaum beitragen können.

### Trendwende bei der Wohnungsbautätigkeit

Allen Unkenrufen zum Trotz gilt es zunächst festzustellen:

Deutschlands Wohnungsmarkt ist gekennzeichnet von einem hohen Versorgungsgrad mit hohen qualitativen Standards. Die zur Verfügung stehende Wohnfläche pro Person steigt beständig. Von einem flächendeckenden Wohnungsmangel oder gar schrumpfenden Wohnungsbeständen kann keine Rede sein. Laut jüngstem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2010 stieg die Zahl der Wohnungen gegenüber 2006 um 1,7 Prozent, was 676.000 neuen Wohnungen entspricht.

Nach einer längeren Phase der Stagnation ist bei der Wohnungsbautätigkeit seit 2009 eine markante Trendwende eingetreten. Der jährliche Aufwärtstrend verfestigt sich. 2011 stieg die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen gegenüber dem Vorjahr um bemerkenswerte 22 Prozent (228.000 Wohneinheiten). Die Fertigstellungen nahmen um 15 Prozent zu. Auch 2012 setzte sich dieser Trend fort (Baugenehmigungen: +7,4 Prozent). Die Wohnungsunternehmen schätzen, dass in diesem Jahr noch einmal 230.000 neue Wohnungen hinzukommen.

### Steigende Wohneigentumsquote

Für eine dauerhaft sichere Versorgungssituation von Bedeutung ist zudem der wachsende Anteil an selbstgenutztem Wohnraum. Die Wohneigentumsquote wuchs von 41,6

Prozent im Jahr 2006 auf 46 Prozent im Jahr 2011. In Bayern liegt sie mit 51 Prozent bundesweit an der Spitze. Dieser Trend dürfte sich auf Grund anhaltend attraktiver Rahmenbedingungen wie historisch niedriger Baugeldzinsen und der hohen Investitionssicherheit von „Betongold“ fortsetzen – ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Wohnungsnachfrage.

### Regionale Entwicklung höchst unterschiedlich – Erheblicher Nachfrageüberhang in Ballungsräumen

Eigentlich, so könnte man meinen, sprechen all diese Zahlen eine erfreuliche und beruhigende Sprache. Tatsache ist jedoch, dass sich die Wohnraumversorgung regional höchst differenziert darstellt. Insbesondere in Ballungsräumen gibt es einen deutlichen Nachfrageüberhang. 25 Prozent des jährlichen Neubaubedarfs von bundesweit ca. 193.000 Wohnungen bis 2015 verteilt sich auf zehn bestimmte Ballungsgebiete: Berlin, München, Frankfurt, Hamburg, Köln, Stuttgart sowie einzelne Kreise in Bayern und Baden-Württemberg.

Gerade auch Bayern braucht mehr Wohnungsbau. Die Wohnungsbedarfsprognose des Forschungsinstituts empirica AG beziffert den Neubaubedarf bis 2029 auf 833.000 Wohnungen. Denn trotz nur mäßig wachsender Bevölkerung (+ 0,3 Prozent erhöht sich die Zahl der Haushalte im gleichen Zeitraum um beachtliche 6 Prozent. Der mit Abstand höchste Bedarf konzentriert sich dabei mit 243.000 Wohnungen auf die Planungsregion München, was fast 30 Prozent des gesamten für Bayern prognostizierten Bedarfs entspricht.

### Mietenentwicklung: In vielen Städten deutlicher Anstieg

Wo es erhebliche Nachfrageüberhänge gibt, können Mietsteigerungen kaum >> Seite 2

verwundern. Genau dies ist in den Großstädten und Ballungsgebieten, aber vermehrt auch in mittelgroßen Städten und zum Beispiel Universitätsstädten der Fall. Über die jeweiligen Zahlen gibt es – je nach Berechnung und wohl auch Interessenlage – höchst unterschiedliche Angaben. Die höchsten Mietpreissteigerungen hat es 2011 laut Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vom Oktober 2012 in folgenden Städten gegeben: Berlin: + 7,4 Prozent Bremen + 8,8 Prozent Hamburg + 7,5 Prozent Freiburg + 8,1, Greifswald +10,4 Prozent

Ursachen sind die zu geringe Bautätigkeit der Vergangenheit, die wachsende Attraktivität von qualitativ hochwertigen Wohnungen als Kapitalanlage, die gestiegene Nachfrage sowie die zunehmende Zahl an Wohnungssanierungen einschließlich energetischer Maßnahmen. Die in jüngster Zeit stark gestiegene Bautätigkeit wird erst mittelfristig zur Entspannung beitragen können. Der Wohnungsmarkt verhält sich wie ein schwerer Tanker, der aber bereits auf neuen Kurs einschwenkt.

### Thema Wohnen rückt in den Mittelpunkt politischer Debatten

Nachfrageüberhänge und steigende Mieten rücken das Thema Wohnen mehr und mehr in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Insbesondere für einkommensschwächere Haushalte ist es schwieriger geworden, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Beklagt wird zudem, dass hochwertige Wohnungsmodernisierungen in besonders attraktiven Innenstadtlagen zu überproportional ansteigenden Mieten und damit zu Verdrängungseffekten auch mittlerer Einkommensbezieher führen.

Es ist offensichtlich, dass die soziale Dimension des Themas Wohnen bei den anstehenden Wahlen eine erhebliche Rolle spielen wird. In den politischen Debatten wird eine Fülle von Forderungen erhoben. Die Mieter- und Sozialverbände sowie die Opposition konzentrieren sich dabei auf Maßnahmen

zur Begrenzung des Mietenanstiegs. Mietrechtliche Restriktionen gegen Preissteigerungen dämpfen jedoch in erster Linie die Symptome. Grundlegendes Anliegen muss es sein, die Investitionstätigkeit in den Wohnungsbau zu stärken, um das Angebot zu erhöhen – gerade auch im Bereich günstigen Wohnraums.

### Impulse für mehr Wohnungsinvestitionen

Als das zentrale politisch-gesetzgeberische Instrument zur Belebung der Wohnungsbautätigkeit gelten verbesserte Abschreibungsbedingungen für Investoren. Eine entsprechend ausgestaltete degressive AfA würde im frei finanzierten Wohnungsbau ohne jeden Zweifel kräftige Impulse auslösen. Auch gibt es Überlegungen, das Instrument der degressiven AfA auf Gegenden mit hohem Bedarf bei der Schaffung „bezahlbaren“ Wohnraums zu konzentrieren.

Um junge Familien bei der Beschaffung günstigen Wohnraums in den Ballungsgebieten zu unterstützen, wird zudem über die Wiedereinführung einer Eigenheimzulagenvariante diskutiert.

Als weitere oder alternative Instrumente zur Belebung der Wohnungsbautätigkeit kämen eine Stärkung der Neubauförderung in den KfW-Programmen sowie eine Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus in Betracht. Hier könnte der Erwerb von Anteilen an Bau- und Wohnungsgenossenschaften besonders gefördert werden, die sich verbindlich zum Wohnungsneubau verpflichten. Von Seiten des Bundes könnten schließlich Konversionsliegenschaften, also etwa nicht mehr genutzte Kasernenanlagen, vergünstigt an die Kommunen veräußert werden, um dort bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. All diese Maßnahmen würden sicher erhebliche wohnungsbaupolitische Impulse auslösen.

### Ausweitung des Sozialen Wohnungsbaus

Um besonders einkommensschwächeren Haushalten zu helfen, muss der Soziale Wohnungsbau dringend eine Renaissance

erfahren. Seit der Föderalismusreform 2006 obliegt diese Aufgabe allein den Ländern. Der Bund unterstützt sie bei dieser Aufgabe mit jährlich 518 Mio. Euro. Derzeit wird zwischen Bund und Ländern darüber verhandelt, in welcher Höhe diese sog. Kompensationsleistungen nach dem Entflechtungsgesetz im Zeitraum bis 2019 fortgeschrieben werden sollen. Der Bund ist hier sicher zu Entgegenkommen bereit. Im Gegenzug muss er aber von den Ländern die Zusage erwarten können, dass sie diese Mittel dann tatsächlich auch zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau verwenden. Dass hier Bedarf besteht, ist völlig unzweifelhaft. Denn seit Jahren sinkt die Zahl der Wohnungen mit einer Mietpreis- und Belegungsbindung in erheblichem Umfang. So gab es in den 70er Jahren zum Beispiel in Hamburg rund 400.000 Sozialwohnungen. Heute sind es noch rund 95.000.

### Starke regionale Bündnisse für mehr bezahlbaren Wohnraum

Um gerade auf dem wichtigen Feld des sozialen Wohnungsbaus zu Entlastungen zu kommen, sind vor allem starke regionale Bündnisse erforderlich. Denn die vor Ort wirksamsten Instrumente zur Begrenzung der Mietkosten liegen nicht in den Händen des Bundes. Vor allem auf Länder- und kommunaler Ebene besteht eine Fülle an wohnungsmarktrelevanten Steuerungsmöglichkeiten. Hierzu gehören u.a. Bündnisse mit kommunalen Wohnungsunternehmen, wie sie derzeit in Berlin geschlossen werden, sowie eine Reihe weiterer Maßnahmen, die unter den Namen verschiedenster Modelle firmieren. Dazu gehört nicht zuletzt die verbilligte Abgabe kommunaler Grundstücke an Investoren, die sich verpflichten, auf einem bestimmten Grundstücksanteil günstigen Wohnraum zu schaffen.



**DR. PETER RAMSAUER, MdB**  
**Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

## Anzeigen im **KOMPASS** bringen Kontakte!

1/1  
 19 x 27,4 cm  
 1.320,- €

1/2  
 19 x 13,5 cm  
 850,- €

1/3  
 6 x 27,4 cm  
 19 x 8,8 cm  
 620,- €

1/4  
 6 x 20 cm  
 19 x 6,4 cm  
 340,- €

1/8  
 6 x 9,8 cm  
 9,2 x 6,4 cm  
 290,- €

Mehr unter: **www.weltbuch.com/medienservice/anzeigenmarkt/kompass/**



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

die Niedersachsen sind im großen Wahljahr 2013 Ende Januar als erste an die Urnen gegangen. Das Ergebnis ist bekanntlich denkbar knapp ausgefallen. Rot-Grün hat mit nur einem Sitz mehr die alte schwarz-gelbe Koalition in der Regierungsverantwortung abgelöst. Der neue Ministerpräsident heißt Stephan Weil.

Damit hat Rot-Grün auch die Gestaltungsmehrheit im Bundesrat erlangt. Gegen diese Mehrheit geht in der Länderkammer nichts mehr. Sieben Monate vor der Bundestagswahl im September ist das Regieren im Bund dadurch gewiss nicht einfacher geworden. Wir haben es jetzt im Grunde mit einer Allparteienregierung zu tun. Deren gemeinsamer Nenner wird klein sein. Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat wird häufiger partei- und wahltaktischen Überlegungen folgen und weniger von Sachgründen geprägt sein.

Das Steuerentlastungspaket der Bundesregierung, das u.a. eine Entschärfung der „kalten Progression“, also der Besteuerung rein inflationsbedingter Einkommenszuwächse, ist dem bereits vorher zum Opfer gefallen – ebenso die steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierungsmaßnahmen. Jetzt zeichnet sich ab, dass auch die unumgänglichen Bemühungen, die explodierenden Strompreise durch Reformen am Energieeinspeisegesetz (EEG) unter Kontrolle zu bringen, in das Mahlwerk des Bundestagswahlkampfes geraten werden. Die eigentlich notwendige grundlegende Neugestaltung erscheint unter diesen Voraussetzungen bis auf weiteres ausgeschlossen. Eher droht Gefahr, dass die energieintensiven Betriebe stärker an der ausufernden Subventionierung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien beteiligt werden. Dagegen werden auch wir im gesamtwirtschaftlichen Interesse Front machen.

Ein Thema von herausragender Bedeutung muss unter allen Umständen aus parteipolitischen Winkelzügen herausgehalten werden: der Fiskalpakt, den Deutschland zwar bereits unterzeichnet hat, dessen konkrete Umsetzung aber noch im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hängt. Bundeskanzlerin Merkel hat diese europäische „Schuldenbremse“ gegen große Widerstände bei einer Reihe von anderen Mitgliedstaaten durchgesetzt. Er ist zentraler Bestandteil der Gesamtstrategie, das Vertrauen der internationalen Kapitalanleger in die finanzpolitische Solidität der Eurozone wiederherzustellen. Würde Deutschland den Pakt nicht umsetzen, wäre dies ein verheerendes Signal an die Finanzmärkte. Alle Schuldnerstaaten, die sich nur widerstrebend unter das Joch finanzpolitischer Disziplin begeben haben, bekämen einen Freibrief, den Pakt nicht ernst zu nehmen.

Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass Deutschland schon einmal mit schlechtem Beispiel vorgegangen ist, als sich die Regierung Schröder 2003 über den alten Stabilitäts- und Wachstumspakt hinweggesetzt hat. Das Beispiel hat danach Schule gemacht. Dies darf sich nicht wiederholen!

Von der Opposition, von einigen europäischen Staatenlenkern, aber auch von US-Präsident Obama wird mittlerweile verstärkt die Meinung vertreten, Haushaltskonsolidierung und Wachstum schließen sich aus. Die USA und Großbritannien sind deshalb bereits vom Beschluss des G20 Gipfels 2010 in Toronto abgerückt, die Nettokreditaufnahme spürbar zu reduzieren. Richtig ist: Disziplinierte Haushaltspolitik und Konjunkturanhebung durch „Deficit Spending“, also durch schuldenfinanzierte staatliche Strohfeuerprogramme widersprechen sich. Sparen und Investieren sind dagegen keine Gegensätze. Im Gegenteil: Sie bilden den Kern einer nachhaltigen Beschäftigungs- und Wachstumspolitik. Bayerns jahrzehntelang auf dieser Linie betriebene Haushaltspolitik ist dafür das beste Beispiel.

Deshalb geht auch die Kritik an den Haushaltsbeschlüssen der EU-Regierungschefs für die nächste Periode 2014 – 2020 fehl. Sie sehen vor, die Ausgaben auf ein Prozent der Wirtschaftsleistung, das sind 960 Mrd. Euro, zu begrenzen. Gleichzeitig werden die investiven Akzente, gerade auch zugunsten der Krisenstaaten, verstärkt. Brüssel kann nicht selbst in Vollen gehen und von den Mitgliedstaaten Sparsamkeit einfordern.

Herzlichst  
Ihr **Jürgen Hofmann**



## LAYOUT, SATZ, DRUCK FAIR KALKULIERT.

Wir erstellen Ihre Geschäftsberichte, Kataloge, Prospekte und alle anderen Drucksachen mit Gestaltung, Satz und Druck zu fairen Konditionen! **Wir kalkulieren gern Ihr nächstes Projekt.**

Testen Sie uns und unsere Preise!  
» [www.weltbuch.com](http://www.weltbuch.com) » [weltbuch@mac.com](mailto:weltbuch@mac.com)

 **WELTBUCH**  
Verlag GmbH



# „Freiwillige Spätrente“

## Gesetzliche und tarifliche Hemmnisse beseitigen

Ein Thema, das in den kommenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen wird, ist die „freiwillige Spätrente“, also die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer über die gesetzliche Arbeitsgrenze hinaus. Auf beiden Seiten des Arbeitsmarkts sprechen dafür starke Gründe.

Bekanntlich wird die Bevölkerung in Deutschland im demografischen Wandel immer älter. Das sogenannte Potential an Erwerbspersonen, d.h. der Menschen im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Abgänge von Arbeitskräften aus den geburtenstarken Jahrgängen können aus den nachrückenden geburtenschwächeren Jahrgängen nicht mehr ausgeglichen werden. Unter Status-Quo-Bedingungen resultiert daraus ein wachsender Mangel an Arbeitskräften. Prognos rechnet in seiner jüngsten Studie „Arbeitslandschaft 2035“ für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) bis 2035 deutschlandweit mit 4,0 Mio. Fachkräften, die fehlen. Für Bayern wird eine Lücke von knapp 230.000 im Jahr 2020 und von 620.000 Personen im Jahr 2035 erwartet.

Auf der anderen Seite des Arbeitsmarktes beobachten wir eine langsam steigende Arbeitsbereitschaft älterer Arbeitnehmer bis zur Altersgrenze und über die Altersgrenze hinaus. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Einem Teil der älteren Mitbürger ist daran gelegen, seine finanzielle Lage zu verbessern. Andere sehen in der Weiterarbeit eine sinnstiftende, gesellschaftlich anerkannte und erfüllende Tätigkeit. Sie wollen nicht zum alten Eisen gehören, sondern sich weiter aktiv beruflich betätigen. Darin kommt ein allmählicher Mentalitätswechsel zum Ausdruck – weg von der Frühverrentung hin zu längeren Lebensarbeitszeiten. Dieser Mentalitätswechsel ist keineswegs nur auf Akademiker begrenzt.

In der „freiwilligen Spätrente“ sieht der Wirtschaftsbeirat eine Möglichkeit, beiden Seiten Rechnung zu tragen:

- Neben dem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit, der stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen, einer aktiven Zuwanderungspolitik und anderen Ansatzpunkten kann die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer über die Altersgrenze hinaus einerseits einen Beitrag zur Bekämpfung des Kräftemangels leisten.

- Andererseits kommt die freiwillige Spätrente den individuellen Wünschen einer wachsenden Zahl von Arbeitnehmern entgegen.

Es geht dabei nicht nur um „Quantitäten“, sondern auch um eine qualitative Dimension, d.h. um den Erhalt von Wissen, Erfahrung und handwerklichem Können bei den „Silverworkern“, also um die Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe. Die bisherige „Zwangsverrentung“ mit Erreichen der Altersgrenze, die derzeit noch bei 65 Jahren und zwei Monaten liegt und bis 2029 stufenweise auf 67 Jahre steigen wird, ist damit immer weniger vereinbar.

Wer sich mit der Materie genauer befasst, wie dies eine Arbeitsgruppe im Sozial- und Arbeitsmarktpolitischen Ausschuss des Wirtschaftsbeirats in einem Positionspapier getan hat, stellt freilich fest: Es gibt eine Reihe rechtlicher Hindernisse, die eine Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer über die Ruhestandsgrenze hinaus sowohl für den Arbeitgeber, als auch für den Arbeitnehmer unattraktiv machen. Teilweise wirken sie regelrecht abschreckend. Letztlich ist dies Ausfluss eines strikten „Zweiphasen-Modells“, das die Erwerbsphase mit Erreichen des Rentenalters abrupt beendet und in die arbeitsfreie Ruhestandsphase überleitet.

Nicht wenige der bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen sind von der Idee geprägt, die Beschäftigungschancen jüngerer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, in dem die älteren mit mehr oder weniger sanfter Gewalt auf das Altenteil geschoben werden. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland bzw. Bayern ist dieses Denken überholt. Wir sind künftig in wachsendem Maße auf beide Altersgruppen angewiesen: auf die jungen und die alten Arbeitnehmer, um Wachstum, Wohlstand und Lebensstandard im demografischen Wandel zu sichern.

Deshalb sollten im Arbeits- und Sozialrecht behutsam einige Korrekturen vorgenommen werden, die freiwilliges Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus für beide Seiten erleichtern und interessanter gestalten. Wobei hinzuzufügen ist: ohne den Seniorenarbeitnehmern einen angemessenen

Arbeitsrechtsschutz zu nehmen. Die Arbeitsgruppe unterbreitet dazu folgende Empfehlungen:

- Für den Arbeitgeber ist die Beschäftigung über die Altersgrenze hinaus mit dem Risiko behaftet, dass der ältere Arbeitnehmer an Leistungskraft verliert. Ihm personen- oder betriebsbedingt zu kündigen erweist sich dann jedoch als sehr schwierig. Oberhalb der Regelaltersgrenze sollten deshalb mehrfach befristete Anschlussarbeitsverhältnisse zugelassen werden, wobei Mindestfristen von ein oder zwei Jahren gelten. Aufgrund der für die Betroffenen regelmäßig bestehenden Altersvorsorge sind diese befristeten Arbeitsverhältnisse nicht nur sozialpolitisch vertretbar, sondern notwendige Voraussetzung für eine Hebung des Leistungspotentials Älterer.
- Im Recht der betrieblichen Altersversorgung sollte sichergestellt werden, dass für arbeitende Altersrentner im Zweifel keine Vorsorgebeiträge mehr anfallen, dass im Fall der teilweisen Weiterarbeit Teilrenten möglich sind und auf welche Weise ein vereinbartes Hinausschieben des Rentenbezuges die Anwartschaft für einen späteren Rentenbezug erhöht. Zudem ist zu gewährleisten, dass Weiterarbeit mit abgesenktem Arbeitseinkommen nicht zu Einbußen bei der betrieblichen Altersversorgung führt.
- Der Arbeitgeberbeitrag in der Rentenversicherung, der nach geltendem Recht auch für beschäftigte Altersrentner gezahlt wird, sollte diesen auch zugute kommen. Rentner sollten für diesen Beitrag wie für andere Arbeitgeberbeiträge auch Entgeltpunkte erwerben und entscheiden können, ob diese sogleich oder später rentenwirksam werden. Alternativ dazu könnte die Beitragspflicht des Arbeitgebers für den Rentner ebenso wie der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung völlig entfallen.

Das ausführliche Positionspapier „Freiwillige Spätrente – Beseitigung von gesetzlichen und tariflichen Hemmnissen“ kann von der Homepage des Wirtschaftsbeirats heruntergeladen oder bei der Geschäftsstelle angefordert werden. (jh)

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

## 18. Januar 2013 – Bezirk Hochfranken



Im Restaurant „Altes Brennhaus“ in Selb konnte Vorsitzender Franz-Dieter Bley (Foto 2.v.r.), Dr. Ulrich Maly (Foto 2.v.l.), Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, begrüßen. Dr. Maly sprach über Chancen und Herausforderungen der Metropolregion Nürnberg unter Berücksichtigung der Belange Hochfrankens.

## 23. Januar 2013 – Bezirk Inn/Salzach



Zu einer Mitgliederversammlung kam der Bezirk Inn/Salzach unter der Leitung von Dr. Willi Kleine zusammen. Bundestagsabgeordneter Stephan Mayer hielt einen Vortrag zum Thema „Wirtschafts- und Industriestandort Südostbayern: Kraftzentrum an Inn und Salzach“. Anschließend diskutierten die Teilnehmer über das Arbeitsprogramm des Bezirks in diesem Jahr.

*Foto v.l.n.r.: Dr. Willi Kleine, Stephan Mayer, MdB*

## 30. Januar 2013 – Ausschuss für Mittelstandspolitik



Einen anderen Blickwinkel fanden die Teilnehmer des Mittelstandsausschusses am 30. Januar in der Neuen Pinakothek. Der Vorsitzende Thorsten Sponholz hatte zu einer Führung unter dem Motto „Wirtschaft und Politik in der Kunst“ eingeladen.

## 1. Februar 2013 – Bezirk Aschaffenburg

Dr. Astrid Nitz, Vorsitzende des Bezirks Aschaffenburg, begrüßte rund 50 Teilnehmer zum „Gesprächsforum Wirtschaft“ in der Hochschule Aschaffenburg. Der Präsident der Münchner Hochschule für Philosophie, Prof. Dr. Johannes Wallacher, referierte über „Mehrwert Glück. Plädoyer für menschengerechtes Wirtschaften“.

## 14. Februar 2013 – Ausschuss für Mittelstandspolitik



Alois Müller, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Bayern, war Gastgeber des Mittelstandsausschusses in der Ludwigstraße 13. In der alten Kassenhalle informierte er die etwa 150 Teilnehmer über die Herausforderungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise sowie über die Auswirkungen künftiger re-

## 20. Februar 2013 – Junge Unternehmer

Um das gegenseitige Verständnis zwischen Politik und Wirtschaft zu fördern, führten die Jungen Unternehmer auch in diesem Jahr die Aktion „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Landtag“ durch. Sie ermöglichte den Teilnehmern, einen Landtagsabgeordneten im Rahmen eines Sitzungstages im Landtag persönlich zu begleiten und damit einen direkten Einblick in die politischen Abläufe zu erhalten sowie ausgiebige Gespräche mit Politikern zu führen.



gulatorischer Anforderungen auf die deutsche Mittelstandsfinanzierung.

*Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann (Generalsekretär), Thorsten Sponholz (Vorsitzender des Ausschusses für Mittelstandspolitik), Alois Müller (Präsident der Hauptverwaltung in Bayern der Deutschen Bundesbank), Werner Stamm (Ehrenvorsitzender Mittelstandsausschuss), Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler (Vorsitzender des Ausschusses für Finanzmärkte)*

## 19. Februar 2013 – Bezirk Weiden/Nordoberpfalz



Zum 1. Speinsharter Gesprächsforum trafen sich der Wirtschaftsbeirat und der Wirtschaftsclub Nordoberpfalz im Kloster Speinshart. Nach einem Statement von MdL Markus Blume, Vorsitzender der CSU Wirtschaftskommission, wurde ausgiebig und offen über die Möglichkeiten und Herausforderungen, die Wirtschaft in der Heimatregion zu stärken, diskutiert.

*Foto v.l.n.r.: Frater Lukas, Helmut Hör, Markus Blume, Jürgen Spickenreuther*



# Terminvorschau

## 12. - 13. März, Straßburg

Forum Brüssel: Delegationsreise nach Straßburg

## 17. März, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: Staatsminister Dr. Thomas Kreuzer, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei „Metropolregion Bayerischer Untermain – Teil der Rhein-Main-Region – Positionierung in Bayern, Deutschland und Europa“

## 18. März, Augsburg

Ausschuss für Tourismus: Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Stadt Augsburg; Götz Beck, Tourismusdirektor der Regio Augsburg Tourismus GmbH; Gerhard Reiter, Geschäftsführer der Messe Augsburg; Heiko Könicke, Geschäftsführer der AFAG Messen und Ausstellungen GmbH, „Die Bedeutung des Messewesens für den Tourismus am Beispiel der Messe Augsburg“

## 18. März, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Prof. Dr. Wolfgang Gerke, Präsident des Bayerischen Finanz Zentrums München, „Wann droht die nächste Inflation?“

## 22. März, Donauwörth

Bezirke Ingolstadt und Augsburg/Nord-schwaben: Besuch bei Eurocopter Deutschland GmbH, Dr. Wolfgang Schoder, Vorsitzender der Geschäftsführung Eurocopter Deutschland GmbH (angefragt), „Perspektiven der Hubschrauberindustrie in Europa“

## 15. April, Regensburg

Bezirk Regensburg: Robert Salzl, Mitglied des Stiftungsrates der Schörghuber Stiftung & Co. Holding KG, „Die örtliche Gastronomie als Impulsgeber eines regionalen Tourismus“

## 17. April, Memmingerberg

Bezirke Memmingen, Kempten und Lindau

## 24. April, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: William E. Moeller, Amerikanischer Generalkonsul

## 8. Mai, München

Ausschuss für Finanzmärkte

## 14./15. Mai, Berlin

Junge Unternehmer: Besuch des Deutschen Bundestages

## 21. Mai, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Andreas Scheuer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

## 27. Mai, Marktredwitz

Bezirk Hochfranken: Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, Bundesminister des Innern

## 10. Juni, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück mit Abgeordneten

## 12. Juni, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

## 13. Juni, München

Ausschuss für Medienpolitik: Brian Sullivan, Vorsitzender der Geschäftsführung Sky Deutschland Fernsehen GmbH & Co. KG

## 13. - 14. Juni, Kloster Banz

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage

## 27. Juni, Lindau

Bezirk Lindau: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates

## 1. Juli, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Christine Haderthauer, MdL, Bayerische

Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

## 2. Juli, Bamberg

Bezirk Bamberg: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

## 3. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Peter Ramsauer, MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

## 5. Juli, Fraueninsel/Chiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land und Bezirk Rosenheim: Frauenwörther Gespräche mit Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

## 10. Juli, Ingolstadt

Bayerischer Wirtschaftstag zur Steuer- und Haushaltspolitik mit Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, und Prof. Dr. Paul Kirchhof

## 15. Juli, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Ilse Aigner, MdB, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Prof. Dr. Harald von Witzke, Humboldt-Universität zu Berlin, u.a.

## 23. Juli, Tittmoning

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach und Passau: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke, Dr. Luis Durnwalder, Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen Südtirol

## 24. Juli, Neumarkt

Bezirk Jurakreis: Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Weitere Termine unter:

[www.wbu.de](http://www.wbu.de)

## Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- OSS Software GmbH, Grünwald
- Peter Keil, Steinhöring
- Seibold & Cie. GmbH, München
- Herbert Zelzer, Landshut
- Jens Gottfriedsen, Transver J. Gottfriedsen, Erding

**IMPRESSUM** Herausgeber: WIRTSCHAFTSBEIRAT der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, [www.wbu.de](http://www.wbu.de) • **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann • **Redaktionsschluss:** 25.02.2013 • **Produktion:** WELTBUCH Verlag GmbH, [weltbuch@mac.com](mailto:weltbuch@mac.com), [www.weltbuch.com](http://www.weltbuch.com)

**Johann Gg. Zölls**

- Snackautomaten
- Fotoautomaten
- Getränkeautomaten
- Kaffeemaschinen

Kapell-Leite 2  
90579 Langenzenn  
Tel. 09101/909390

[www.zoells.de](http://www.zoells.de)